

Bezugsgebühr:

Wiederholend für Dresden bei täglich...
einmaliger Betrag durch unsere...
Preis 1 Mark 70 Pf.

Telegraphische Adressen:
Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Kotillon - Belzende und sparte
Neuheiten in solcher Aus-
wahl zu billigen Preisen
Karneval
21 Am See Oscar Fischer Am See 21

Anzeigen-Caril.

Werbung von Anzeigen...
bis einschließlich 1 Uhr...
Preis 1 Mark 11 und 12 1906.

Georg Zimmermann
17 Piralische Str.
Brillen, Klemmer
optisch u.
operngläser
Reisszeuge
Thermometer.

Carl Fiedemann, Kgl. Hofl., gegr. 1833
empfehl. in vorzüglicher Qualität
Bohnerwachs
für Parquet, Parkett und lackierte Fußböden.

Julius Schädlich
Am See 10, part. u. l. Et.
Beleuchtungsgegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Echte Nationaltrachten für alpine Kostümfeste
aller Täler Tirols und Oberbayerns empfiehlt das Spezialgeschäft von Jos. Fiechl aus Tirol, Schlossstrasse 23, neben Königl. Schloss.
Nr. 22. Epinel: Bergarbeiterzeit im Reichstag. Große Sitzung. Verächtliche Kritik. Verkaufsbörsen. Wutwahl. Witterung: Gelindes Frostwetter. Sonntag, 22. Januar 1905.

Dresdner Nachrichten
Gegründet 1856
Bezugspreis für die
Monate Februar und März 1 Mk. 70 Pf.
Jeder Leser
in Dresden und Vororten kann sich täglich davon
überzeugen, dass er
von keinem anderen Dresdner Blatt
fortlaufend über alle wichtigen Tagesereignisse
so schnell unterrichtet
wird, wie von den
täglich 2 Mal
erscheinenden „Dresdner Nachrichten“.
Sie bieten ihren Lesern vor allen Dresdner Blättern
ununterbrochen das Neueste.
Zahlreichen Wünschen nachkommend, wird unserer
Zeitung regelmässig zweimal monatlich eine
Verlosungsliste aller Effekten,
die für unsere Leser Interesse haben, beigegeben

Auffassung ins Unrecht geht, daß sie sich bisher weigerten, mit
den Arbeitervertretern direkte persönliche Verhandlungen zu
pflegen, obwohl man gerechterweise wird zugeben müssen, daß
in der Begründung der Ablehnung mit dem Hinweis, die Dele-
gierten hätten ja die Macht über die Arbeitermassen völlig
verloren, ein Korn Wahrheit steckt. Am übelsten hat aber jeden-
falls für die Sache der Arbeitgeber der Umstand gewirkt, daß
ihre zuständige Vertreter, der Bergarbeiterverein des Ruhr-
reviers, sich zur Verhütung von Meinungen über angebliche
Gewalttaten der Arbeiter herbeigelassen hat, die offiziös als
„benachteiligt verbreitete Alarmnachrichten“ gekennzeichnet
werden mußten. Alles das kann natürlich nicht dazu
dienen, die öffentliche Meinung für die Arbeitgeber zu er-
wärmen, und zwar um so weniger, je mehr in der ganzen Frage
die einzelnen Persönlichkeiten der Betriebsleiter zurück- und die
dem allgemeinen sozialen Empfinden so überaus unimpathischen
großen Kapital-Assoziationen in den Vordergrund treten. Graf
Bilow konnte selbst nicht an der Notwendigkeit der Feststellung
vorbeikommen, daß „in unserer an die Achtung von Krone, Staat
und Obrigkeit gewohnten Gesellschaft ein starkes Mißtrauen
gegen die vereinigte Kapitalmacht der großen Fabrikbesitzer und
Banken, die in der Siberia-Angelegenheit sich bemerkbar gemacht
hat, hervortritt“.

Indessen, welche Angriffspunkte immer in dem Verhalten
der Arbeitgeber bei dem Ruhrstreik sich zeigen mögen, sie
dürfen doch keinesfalls dazu führen, daß man einfach den Spieß
des Kritik ganz nach dieser Richtung dreht und auf Seiten der
Arbeitnehmer in aller und jeder Hinsicht fünf gerade sein
läßt. Hier Licht und Schatten gleichmäßig als bisher verteilt
zu haben, ist das große Verdienst der Bilow'schen Rede. Der
Reichskanzler hat sich dieser Aufgabe geradezu mit Meisterhaft
entledigt, indem er die in den Ausnahmehinblickenden agitatorischen
Triebekräfte, man möchte sagen, plastisch greifbar vor
seine Hörer hingehalten, ohne doch dem berechtigten
Streben der Bergarbeiter nach Aufhellung
ihrer wirtschaftlichen Lage und Abstellung offen-
sichtlicher Mißstände irgendwie zu nahe zu treten. In erster
Linie mißbilligte Graf Bilow den Kontraktbruch,
d. h. das Verlassen der Arbeit ohne Einhaltung
der Kündigungsfrist, und lobte dann traf er in seiner
Beurteilung der grundsätzlichen Schwierigkeit, die sich der
Erzielung eines Einvernehmens entgegenstellte, den Nagel auf den
Kopf, indem er betonte, daß bei uns nicht, wie
in England, die Arbeiterorganisationen aus
einem wirtschaftlichen Bedürfnis natürlich entstanden, son-
dern im wesentlichen Werkzeuge der politischen
Parteien sind. Der Kanzler wußte seine Beweis-
führung nach dieser Richtung vornehmlich auf die sozial-
demokratischen Gewerkschaften an, die von Anfang
an gar nichts anderes sein sollten, als Exerzierplätze
und Manöverübter für eine Partei des Parlamentes, als eine Schule
für die revolutionäre Erziehung der Arbeiter, und hielt über
die Art, wie die Parteileitung jene Organisationen zu ihren
politischen Zwecken ausbeutet, ein sehr schmerzliches
Gericht ab. Auch im Ruhrrevier ist mit Hilfe der sozialdemokratischen
Gewerkschaftsbewegung jahrelang unablässig gewirkt und
gehört worden, bis schließlich die von den Führern ausgehende
Leidenschaft von selbst in die Falle schickte. Daß die Draht-
zieher freilich im gegenwärtigen Augenblick den Ausbruch des
Streiks aus tatsächlichen und praktischen Gründen nicht gewollt
haben, sondern lieber noch eine Zeitlang mit dem Feuer zu
spielen gedachten, gibt der Reichskanzler als möglich zu. Warum
aber provoziert die Sozialdemokratie den wirtschaftlichen Kampf
im Ruhrgebiet ausdrücklich als einen Klassenkampf? Warum
sieht sie in ihm nur ein Mittel zur Schürung des Hasses, zur
Stärkung des Klassenbewußtseins im Partei-Interesse? Mit
solchen inhaltsschweren, in ihrer moralischen Wirkung tief ein-
schneidenden Fragen wandte sich Graf Bilow voll hohen sittlichen
Ernstes an die Vertreter der Sozialdemokratie, um ihnen,
die durch ohrenbetäubenden Lärm vergeblich sich dem
Stachel solcher durchbohrenden Wahrheiten zu entziehen
suchten, dann weiter zu Gemüte zu führen, daß
„nach dem Ausbruch des Streiks jede Nummer jeder sozial-
demokratischen Zeitung, insbesondere der „Vorwärts“, jeden Tag
eine ganze Wagenladung Del bringt, die ins Feuer gegossen
wird“. Zum Schluß legte der Reichskanzler nochmals allen
Beteiligten Mäßigung und Besonnenheit dringend ans Herz
und sagte seinen persönlichen Standpunkt in der Beurteilung
der Schuldfrage in die tiefgründigen Worte zusammen: „Der
Vorzehner — der sozialdemokratische Abgeordnete Bus — hat
den Ausbruch des Streiks auf die materialistische Art der Arbeit-
geber und auf aufreizende Artikel der bürgerlichen Blätter
zurückgeführt. So einfach liegt die Sache doch nicht. Alle
Revolutionäre, wie schon vor 100 Jahren die Jakobiner,
können wohl Leidenschaften entfesseln, zügeln
aber können sie nicht. (Sehr richtig!) Die am lautesten
flagen über das Regiment der Arbeitgeber, werden wohl auch
die Hauptschuldigen sein mit ihren seit Jahrzehnten betrie-
benen Anschuldigungen und Behauptungen, wenn gegen

die Hoffnung der Regierung und der großen Mehrheit
dieses Hauses der Streik sich ausdehnt und die armen, famatier-
ten und verführten Arbeiter und ihre Familien in Not und
Elend bringt.“
Nach der Rede des Grafen Bilow hatte die Erörterung ihren
Höhepunkt überschritten, und dem Handelsminister Müller blieb
kein dankbares Feld mehr zur Erzielung rednerischer Eintritte,
die ja überhaupt nicht seine Sache sind. Etwas schätteres
Spektral bekamen die Ausführungen des preussischen Handels-
ministers nur, als er dem Reichskanzler in der Neuanschauung
der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung bekanntlich
und den Vertretern der Partei des Ruhrreviers urteilte: „Dadurch, daß
Sie die Leute nicht mehr in der Hand zu haben vermochten,
haben Sie selbst dem Gewerkschaftsbau einen empfind-
lichen Stoß beigebracht. Sie haben das Tage lang alle mögliche
Mühe gegeben in Versammlungen, die Arbeiter zur Beirathung zu
bringen, ihnen klar zu machen, daß der Streik ausichtslos sei,
und trotzdem haben Sie keinen Eindruck gemacht. Das ist ein
trauriges Zeugnis für die Kraft Ihrer Organisation.“ Außerord-
licher Weise sah Herr Müller sich zu der Erklärung genötigt,
daß die Bemühungen zur Herbeiführung einer Vermittlung
auf einem gewissen toten Punkte angelangt seien. Je mehr
aber die Möglichkeit einer Vereinbarung schwindet, desto mehr
spielt sich auch die ganze Sachlage auf den Anspruch derselben
Minister zu, daß „der jetzige Anstand vielleicht die Anstrengung
dafür bedeute, ob eine Verständigung zwischen den Organi-
sationen der Arbeitgeber und der Arbeit-
nehmer in Zukunft möglich sein werde“. Eine solche Ver-
ständigung ist im Interesse des gesamten sozialen Friedens
und der ungeschwächerten Aufrechterhaltung unserer wirtschaftlichen
Konkurrenz so überaus nötig, daß ihre Herbeiführung ein
Ziel bildet, auf das man sich zu wünschen und des Schwere des
Geistes wert. Außerdem berührt der Streik noch verschiedene
abgeleitete Aufgaben, die der Aufmerksamkeit des Reiches unter-
liegen, wie die Stellung des Staates zu den Trübsal und Bank-
rottsituationen und die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Arbeiter-
vereine, Aufgaben, deren sachliche Erledigung durch eine
unerbittliche Verschärfung des Zwanges im Ruhrrevier keines-
falls gefährdet wird. Aus alledem erhellt, daß bei dem jetzigen
Bergarbeiterausstande weit, weit mehr auf dem Spiele steht als
die einzelnen Differenzpunkte zwischen den streikenden Parteien.
Man wird deshalb auch bis zu allererst an der Hoffnung fest-
halten müssen, daß die Wahrung des höchsten verantwortlichen
Beamten des Reiches zur Mäßigung und Besonnenheit an alle
Beteiligten schließlich doch noch Beachtung finden werde, bevor in
der ungelähmten Erörterung eines festlichen wogenden Kampfes
ideale und reale Werte zerstört werden, die schwer oder gar
nicht wieder zu ersetzen sind.

Neueste Drahtmeldungen vom 21. Januar.
Deutscher Reichstag.
Berlin. (Priv.-Tel.) In der fortgesetzten Besprechung
über die sozialdemokratische Interpellation betreffend den Berg-
arbeiterstreik im Ruhrrevier führt Abg. Penner
(nat-lib.) aus: Die ganze Sachlage ist hier bisher einseitig
dargestellt worden. Auch im Jahre 1899 ist schon viel von
brutaler Behandlung der Arbeiter geredet worden, während
Untersuchungen haben aber eine Bestätigung dieses Gerüchtes
nicht ergeben. Anstaltsbehandlung würden sich die Arbeiter
auch gar nicht gefallen lassen. Die Klage über Bräuterei
an den folgenden Vorfall: Ein Arbeiter ist unredlich auf
die Förderbahn gegangen. Der Steiger habe ihn dabei
betrogen und gestört: „Zoll ich Sie anzeigen? Dann zahlen
Sie 3 Mark Strafe. Oder soll ich Dir lieber ein paar Eier
schenken?“ (Weiter.) Die Antwort habe geklungen: „Über
ein paar Eier, aber nicht zu groß.“ (Weiter.) Das habe
die Zahl der Unfälle im Oberbergamtsbezirk Dortmund stark
übertrieben. Einer Jede sei nachgesetzt worden, daß die
Arbeiter bei einem Lohne von kaum 4 Mark (jetzt) in dem
Bergrevier arbeiten müßten wegen zu großer Hitze. Die Rede
es sei die Rede Kenntnis, habe gestellt lassen, daß ihre
Gründen zu den dort verübten gehöre, und daß die Wäner
weit über 4 Mark verdienen. Die Rede habe in zahlreichen
Punkten den ihr vorgelegenen Wäner der Belegschaft nach-
gegeben, auch in bezug auf die Einheitsheit, und was habe
das genügt? Im anderen Morgen wurde gestreift, und am
Streik nahmen auch die Arbeiterdelegierten teil, die von den
Unternehmern der Reich durchaus betrieblieh waren. Abg.
Busch habe neulich im Abgeordnetenhaus angegeben, es seien
an einer Arbeitstunde der Jede Konstantin 35 Grad Celsius
gemein und die Arbeitszeit habe trotzdem über acht Stun-
den betragen. Die Untersuchung habe ergeben: nur 23 Grad
Celsius und an keiner Stelle mehr als 24 Grad. So habe sich
auch die Grundlosigkeit vieler anderer Behauptungen herausgestellt.
Der Streik sei entstanden, weil so lange von den Führern ins
Feuer gehalten wurde, bis die Flamme hoch schlug. Dann natür-
lich konnte das Abwachen der Führer nichts mehr nützen. Sept.
nach dem Kontraktbruch, konnten die Leuten nicht nachgeben,
sie würden damit den Kontraktbruch sanktionieren. Das Wagen-
müll sei als Disziplinarmittel unentbehrlich und als solches
auch im englischen Bergrevier ausdrücklich festgelegt. Der Streik
bedrohe die ganze Provinz mit großer Not; in manchen Berg-
mannsfamilien werde es an Brot fehlen. Und da müßte er er-
wähnen, daß bei der sozialdemokratischen Vätereienshaft
„Volkswohl“ in Unkenntnis die Brotpreise außerordentlich hohe
seien, höher als sonst in der Provinz, höher auch als in der
Konsumanstalt Krupp. Er siehe daraus den Schluß: „Sie
und angreifen, hören Sie erst vor Ihrer eigenen Tür!“ — Abg.

Der Ausstand im Ruhrrevier
hat in der Freitagssitzung des Reichstages durch den Reichs-
kanzler Grafen Bilow eine Würdigung erfahren, deren
überlegener sachlicher Ernst die von dem sozialdemokratischen
Interpellationsbegründer verübte agitatorische Ausbeutung der
Bergarbeiterbewegung mit moralischer Wut zu Boden drückt
und die Lage im Sinne einer unparteiischen Behandlung des
Falles nach beiden Seiten hin klärt. An die Spitze seiner
Erklärungen stellte der Reichskanzler die nachdrückliche Ver-
sicherung, daß die preussische Staatsregierung die vollen Machtmittel
des Staates einlegen werde, wenn der im Ruhrrevier
entfesselte Lohnkampf in Unruhe ausarten sollte. „Das Recht zu
arbeiten“, muß gegen jede Art von Terrorismus geachtet
werden!“ rief Graf Bilow unter lebhaftem Beifall des Hauses
den Sozialdemokraten zu, die sich für diese und noch verschiedene
andere bittere Willen, die ihnen Graf Bilow zu kosten gab,
durch ausgiebige moralische Mißbräute zu rächen suchten.
Der Reichskanzler bemühte sich im weiteren Verlaufe seiner
Darlegungen mit aller dialektischen Schärfe und mit unerschütter-
lichem Erfolg, die Erörterung auf einer objektiven Mittellinie
zu halten, unter Zurückweisung der beiden Extreme, die
alle Schuld entweder ausschließlich auf die Arbeitgeber oder
ausschließlich auf die Arbeitnehmer abwälzen wollen. Dabei
hielt sich der Kanzler durchaus von dem Bestreben fern, das
Unternehmen etwa völlig weisbrennen zu wollen und
von ihm zu sagen: „Dies Kind, kein Engel ist so rein, laßt's
Eurer Schuld empfinden sein!“ Im Gegenteil, Graf Bilow
stand nicht an, auch den Arbeitgebern für wirklich Mißbilligens-
wertes sein unerschöpfliches Mißfallen auszusprechen, insbe-
sondere für die bekanntere inhumane Behandlung der Arbeiter,
falls diese sich bewahrheiten sollte. Es kann auch nicht zweifel-
haft sein, daß manche Dinge im Ruhrrevier vorgekommen sind,
die sich nicht gehören. Namentlich läßt die soziale Wohl-
fahrtspflege dort in verschiedenen Punkten noch manches zu
wünschen übrig, und das ist um so bedauerlicher, als gerade
der Bergmann wegen seiner schweren, fortwährend von Tod und
Verderben umlauerten Arbeit tief unter Tage, weit entfernt vom
Lichte der Sonne, einen hervorragenden natürlichen Anspruch
auf eine intensive soziale Fürsorge nicht minder wie auf eine
ausnahmsweise hohe Gehaltsprämie bei der Vermessung seines
Lohnes geltend machen darf. Hierin liegt auch das psychologische
Moment, das fast bei jedem Bergarbeiterausstande die Sym-
pathien der öffentlichen Meinung so leicht zugunsten der Ar-
beiterseite einschlagen läßt. Ueberdies haben sich in dem vor-
liegenden Falle die Arbeitgeber dadurch noch der allgemeinen